

KN NEWS

Berufsverband protestierte ...

Fortsetzung von Seite 1

Vielleicht waren wir einfach zu früh – aber jetzt zeigt sich: Es war damals und ist heute erst recht der einzig richtige Weg. Die Situation wird immer unerträglicher. Wenn wir uns jetzt nicht wehren“, betonte sie unter großem Beifall der anwesenden Ärztevertreter, „schaffen wir den Schritt in den nächsten 20 Jahren nie wieder, und deshalb unterstützen auch wir den Protest!“ Kostenerstattung berge weder für die Patienten, wie einige Journalisten befürchteten, noch für die Zahnärzte untragbare Belastungen. Der Wechsel zur Kostenerstattung war ebenfalls ein zentrales Thema der rund 40 ärztlichen Verbände und Organisationen, die zur Demonstration aufgerufen hatten, und so erntete auch Dr. Karl-Heinz Sundmacher, Vorsitzender des FVDZ und ebenfalls Teilnehmer der zentralen Pressekonferenz, großen Beifall für seine abschließende Forderung: „Ohne den Wechsel zur Kostenerstattung wird kein Gesundheitssystem eine Zukunft haben!“ Die Zahnärzte beobachteten die Entwicklung bei den Ärzten

aufmerksam und freuten sich, dass sie nunmehr „auch aufgewacht sind. Die Zahnärzte waren als Gruppe zu klein – wir sind froh, dass wir



Während seiner Rede vor den Demonstranten forderte Dr. Christian Scherer, 2. Bundesvorsitzender des BDK, einen „schikanefreien Zugang zur Kostenerstattung“.

hatte es Dr. Werner Baumgärtner (Vorsitzender MEDI Deutschland) bei der Pressekonferenz eindeutig formuliert, aber auch der Ausstieg aus dem System stünden im Zentrum der ärztlichen Forderungen. Vertreter ärztlicher Gruppen drückten gegenüber Dr. Mindermann am Rande der Pressekonferenz ihre Anerkennung für den ehemaligen mutigen Schritt aus: „Sie haben es gut, Sie sind ja schon draußen ...“

Unterstützung für Kostenerstattung

Bei der großen Kundgebung vor den 30.000 angereisten Demonstranten auf dem Berliner Alexanderplatz betonte Arztpräsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, dass die Tatsache dieses großen, bereits zweiten

Protesttages ein Signal für den Ausnahmezustand des deutschen Gesundheitssystems sei und die Demonstrationen auch nach den bevorstehenden Landtagswahlen fortgesetzt würden: „Wir sind keine Billigarbeiter und wir sind auch keine staatlichen Rationierungsassistenten! Wenn die Politik sich nicht in Bewegung setzt, wer-

den wir eben für Bewegung sorgen!“

Mit erheblichem Applaus und zustimmendem Pfeifkonzert unterstützt wurde der nach Prof. Hoppe von der Tribüne zu den Demonstran-



Gab den zahnärztlichen Forderungen Gesicht und Gehör bei den 30.000 Demonstranten: Der BDK mit dem gesamten Vorstand und vielen Mitarbeitern vor Ort in Berlin.

ten sprechende 2. Bundesvorsitzende des BDK, Dr. Christian Scherer, mit seiner Forderung „nach schikanefreiem Zugang zur Kostenerstattung!“ Er forderte unter anhaltendem Beifall zudem mehr Ehrlichkeit der Politik ein: „Wir fordern eine leistungsgerechte Vergütung aller erbrachten Behandlungen! Wenn zu viele Leistungen aber verlangt werden, so muss man dem Bürger sagen: Für begrenzte Mittel kann es nicht unbegrenzte Leistungen geben! Nicht alles, was Leute im weißen Kittel ma-

chen, muss in diesem Land gratis sein – lassen Sie uns von unseren europäischen Nachbarn lernen!“ Mittlerweile sei es leichter, eine Praxis in Polen oder Ungarn zu betreiben als in Deutschland,

bung vor dem Brandenburger Tor forderte Dr. Christine Alp (Kieferorthopädin/Mitglied BDK und „Freie Ärzteschaft“), die die Kundgebung moderierte, die Politik zur Einführung der Kostenerstattung auf und damit zu einer Angleichung der deutschen Verhältnisse an europäisches Recht.

Durch die große Unterstützung der ärztlichen Verbände fühlt sich der BDK in seiner politischen Linie gestärkt. „Wir haben etwas Wichtiges und Richtiges in Bewegung gesetzt“, sagte BDK-Vorsitzende Dr. Gundi Mindermann nach dem erfolgreichen Protesttag, „und wir nehmen aus Berlin eins mit nach Hause: Es ist der einzige Weg in die Zukunft und wir gehen ihn längst nicht mehr allein. Unsere mutige Politik hat ein starkes Siegel durch unsere zigtausende ärztlichen und zahnärztlichen Kollegen erhalten – für uns eine enorme Motivation, unseren Weg unbeirrt fortzusetzen.“

KN Adresse

Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden e.V. (BDK)
Ackerstraße 3
10115 Berlin
Tel.: 0 30/27 59 48 43
Fax: 0 30/27 59 48 44
E-Mail: info@bdk-online.org
www.bdk-online.org

KN KIEFERORTHOPÄDIE NACHRICHTEN

IMPRESSUM

Verlag

Oemus Media AG
Holbeinstraße 29
04229 Leipzig

Tel.: 03 41/4 84 74-0
Fax: 03 41/4 84 74-2 90
E-Mail: kontakt@oemus-media.de

Chefredaktion

Priv.-Doz.
Dr. Dr. Reiner Oemus (ro)
(V.i.S.d.P.)

Tel.: 09 11/96 07-20
E-Mail: r.oemus@oemus.de

Redaktionsleitung

Cornelia Pasold (cp), M.A.

Tel.: 03 41/4 84 74-1 22
E-Mail: c.pasold@oemus-media.de

Redaktion

Katja Henning (kh)

Tel.: 03 41/4 84 74-1 23
E-Mail: k.henning@oemus-media.de

Projektleitung

Stefan Reichardt
(verantwortlich)

Tel.: 03 41/4 84 74-2 22
E-Mail: reichardt@oemus-media.de

Anzeigen

Lysann Pohlann
(Anzeigendisposition/
-verwaltung)

Tel.: 03 41/4 84 74-2 08
Fax: 03 41/4 84 74-1 90
ISDN: 03 41/4 84 74-31-1 40
(Mac: Leonardo)
03 41/4 84 74-1 92 (PC: Fritz!Card)
E-Mail: pohlann@oemus-media.de

Abonnement

Andreas Grasse
(Aboverwaltung)

Tel.: 03 41/4 84 74-2 00
E-Mail: grasse@oemus-media.de

Herstellung

Christine Noack
(Grafik, Satz)

Tel.: 03 41/4 84 74-1 19
E-Mail: ch.noack@oemus-media.de

Die KN Kieferorthopädie Nachrichten erscheinen im Jahr 2006 monatlich. Bezugspreis: Einzel exemplar: 8 € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Jahresabonnement im Inland 75,- € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Abo-Hotline: 03 41/4 84 74-0.

Die Beiträge in der „Kieferorthopädie Nachrichten“ sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Verbands-, Unternehmens-, Markt- und Produktinformationen kann keine Gewähr oder Haftung übernommen werden. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung (gleich welcher Art) sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen – für alle veröffentlichten Beiträge – vorbehalten. Bei allen redaktionellen Einsendungen wird das Einverständnis auf volle und auszugsweise Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern kein anders lautender Vermerk vorliegt. Mit Einsendung des Manuskriptes gehen das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken, zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher und Bildmaterial übernimmt die Redaktion keine Haftung. Es gelten die AGB und die Autorenenrichtlinien. Gerichtsstand ist Leipzig.

Tauziehen um Gesundheitsreform hat begonnen

Ziele stehen nach ersten Gesprächen fest / Umsetzung noch völlig offen / Gesetzesentwurf bis Sommer

(cp) – Bis zur Sommerpause will die große Koalition einen beschlussfähigen Entwurf zur Finanzreform der gesetzlichen Krankenversicherung vorlegen. Eile ist geboten, denn bereits Anfang nächsten Jahres werden den GKVen schätzungsweise sechs bis zehn Mrd. € fehlen, um die Beiträge stabil halten zu können. Doch trotz eines ständig größer werdenden Handlungsdrucks scheint die Einigung auf einen gemeinsamen Weg der Umsetzung noch in weiter Ferne. Zu unterschiedlich sind die Konzepte, die Union und SPD bei der bevorstehenden



Während Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sich eine einheitliche, einkommensunabhängige Gesundheitsprämie für gesetzlich Versicherte wünscht, setzt man bei der SPD auf eine Bürgerversicherung für alle (einschließlich Besserverdienende, Freiberufler und Beamte). (Foto: CDU)

Reform verfolgen. So sind mit dem so genannten Gesundheits-Soli (Union), der Integration der privaten Versicherer in

den Finanzausgleich der GKVen (SPD) sowie einer zusätzlichen Mini-Pauschale (zwei Modelle) vor allem drei Ansätze im Gespräch, die eine Kompromissfindung auf Grund der hierbei recht unterschiedlichen Positionierungen äußerst schwierig gestalten. Während die Union nach wie vor den Faktor Arbeit entlasten und verhindern möchte, dass die Lohnnebenkosten steigen (lohnunabhängige Kopfpauschalen), macht sich die SPD für eine möglichst gerechte Verteilung der Beiträge zur Krankenversicherung stark. So setzt die CDU/CSU auf eine Zusatzabgabe auf das Bruttoein-

kommen, mit dem die bisher beitragsfreie Kindermitversicherung finanziert werden könne. Die SPD hingegen bevorzugt das Bürgerversicherungssystem. Ein Kompromiss zwischen beiden Vorschlägen wäre das von Ulla Schmidt vorgeschlagene „Drei-Säulen-Modell“, wonach alle Versicherten zusätzlich zu einem einkommensbezogenen Beitrag eine Kopfpauschale an ihre Kasse zu zahlen hätten. Die Union wiederum findet diesen Ansatz zu kompliziert und erwägt stattdessen ein Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags zur KV, während der lohnbezogene Arbeitnehmerbeitrag bleibt wie er ist, sowie die Einführung einer zusätzlichen kleinen Kopfpauschale.

Heimvorteil für die Kieferorthopäden aus Kaufbeuren ... für diesen Traum eines Nummernschild erwägt sicher so mancher Kollege einen Wohnortwechsel ... (Foto: Bimler)

KN Skurriles & Kurioses

Heimvorteil für die Kieferorthopäden aus Kaufbeuren ... für diesen Traum eines Nummernschild erwägt sicher so mancher Kollege einen Wohnortwechsel ... (Foto: Bimler)



Keine Abmahnung erhalten

Im Rahmen des in der März-Ausgabe der KN veröffentlichten Interviews („Deutschland ist „no-go-Area“) mit dem Zweiten Bundesvorsitzenden des Berufsverbandes Deutscher Kieferorthopäden (BDK), Dr. Christian Scherer, äußerte dieser, dass der Sprecher der AOK Niedersachsen, Klaus Altmann, abgemahnt worden sei. Die Abmahnung sei durch den Justiziar des BDK, RA Frank Schramm, auf Grund Altmanns Äußerungen bezüglich des Weggangs des syrischen Kieferorthopäden Hadi Shidiak erfolgt. Diese Aussage Scherers ist laut AOK-Sprecher Altmann nicht korrekt. „Die AOK Niedersachsen und ich in Person haben entgegen der Aussage von Dr. Scherer in den KN keine Abmahnung vom Justiziar des BDK, RA Frank Schramm, erhalten“, so Altmann gegenüber der KN. Auf Anfrage unserer Redaktion äußerte man sich beim BDK hierzu insofern, dass in der Tat Altmann keine Abmahnung erhalten habe. Vielmehr war Hanno Kummer, Sprecher der VdAK/AEV-Landesvertretung Niedersachsen, Empfänger der Abmahnung. Jedoch hatten sich laut BDK die Äußerungen Altmanns zur Sache inhaltlich keinesfalls von denen Kummers unterschieden, sodass eine weitere Abmahnung letztlich nur eine Formsache gewesen wäre. „Um in dieser Angelegenheit nun nicht noch mehr Mitgliedsgelder für solche juristischen Procedere zu vergeuden, haben wir auf eine separate Abmahnung Altmanns verzichtet. Dies kann jedoch auf Wunsch jederzeit nachgeholt werden“, so der BDK.